Neue Politische Literatur (2024) 69:269–271
https://doi.org/10.1007/s42520-024-00571-5

REZENSION

Epochenübergreifende Studien

Schmidt, Sascha/Weyrauch, Yvonne: Rechter Terror in Hessen. Geschichte, Akteure, Orte, 400 S., Wochenschau, Frankfurt a. M. 2023.

Klaus-Peter Friedrich

Angenommen: 23. April 2024 / Online publiziert: 3. Mai 2024
© Gesellschaft zur wissenschaftlichen Förderung politischer Literatur e.V. and the Author(s) 2024

Sascha Schmidt und Yvonne Weyrauch haben in ihrer politikwissenschaftlichen Untersuchung über den rechten Terror eine Fülle von Nachrichten und Kenntnissen zusammengetragen und mit Blick auf neue Entwicklungen seit 1945 aufbereitet. Sie betrachten „schwere Gewalttaten, wie Morde, Mordversuche, Brand- und Sprengstoffanschläge, Körperverletzungen, aber auch [...] Sachbeschädigungen mit rechtem Hintergrund [...] in Hessen“ bis ins Jahr 2020 (S. 17). Dabei ist rechte Gewalt für sie ein „Überbegriff für Gewaltphänomene, die auf Grundlage einer (extrem) rechten Weltanschauung begangen [sic] werden“ (S. 12). Sie beruhe auf Rassismus, Antisemitismus und völkischem Nationalismus und richte sich gegen die Überzeugung von der Gleichheit aller Menschen. Bei solchen Einstellungen handele es sich um kein Randphänomen, vielmehr seien sie „in unserer Gesellschaft tief verankert und bis heute weit verbreitet“ (S. 13). Daher gehe es nicht an, wenn Rechtsterroristen vorschnell zu *un*politischen Einzeltätern erklärt würden (S. 15f.). Schmidt und Weyrauch wollen schließlich herausfinden, „inwiefern und zu welchen Zeiträumen Hessen ein Hotspot rechter Gewalt und extrem rechter, militanter Strukturen war“ (S. 20).

Der Chronologie folgend, blicken sie auf die Herausbildung rechtsextremer Gruppierungen von den 1940er Jahren bis in die 1960er Jahre, darunter den Aufstieg der NPD in Hessen. Ins folgende Jahrzehnt datieren Schmidt und Weyrauch den Beginn der ersten von drei Hochphasen rechtsextremer Gewalt, ehe sich Hessen von Anfang der 1980er Jahre an „zu einer Hochburg extrem rechter Terroristen“ entwickelte: „Rassismus wurde zu einem dominierenden Tatmotiv“, heißt es, wobei sich ein „Bezug zur rassistischen Stimmung in Teilen der Bevölkerung“ ergab (S. 60f., 67). Auch danach blieb das Reizthema Asyl(recht) politisch brisant.

✉ Klaus-Peter Friedrich
Marburg, Deutschland
E-Mail: klaus-peter.friedrich@gmx.de

In der zweiten Hochphase zwischen 1990 und 1994 kam es nach den Ausschreitungen in Hoyerswerda (1991) und dem Mordanschlag in Solingen (1993) zu zahllosen Nachahmungstaten. Das hessische Landeskriminalamt stellte „für das Jahr 1992" fest, „dass der Großteil der Gewalttaten in ländlichen Gemeinden und Kleinstädten [...] begangen wurde" (S. 107). Zehn Jahre später lag einer der Brennpunkte rechtsextremer Umtriebe in Kirtorf am Vogelsberg, das seither als ‚braunes Nest' berüchtigt ist.

Michael Kühnen (*1955), Anführer der deutschen Neonazi-Szene, war einige Jahre in Langen bei Frankfurt am Main zu Hause, ehe er 1991 in Kassel an AIDS starb. Schon in den 1970er Jahren hatte die NPD „Frankfurt auserkoren, die ‚erste nationaldemokratische Stadt Deutschlands' zu werden", und in den 1980ern bestanden Erwartungen, die Stadt möge als „ein Hotspot der militanten Szene [...] zur ‚Hauptstadt der Bewegung'", Langen „zur ersten ‚ausländerfreien Stadt Deutschlands' [...] werden" (S. 59, 44, 99).

Zu den lebenslangen hessischen Rechtsterroristen zählten der Wiesbadener Sprengstoffattentäter Peter Naumann (1952–2021), der aus der Jugendorganisation der NPD kam, und der seit 1975 bei Neukirchen am Knüll ansässige Manfred Roeder (1929–2014). In seinem – von ihm „Reichshof" benannten – Haus Richberg in Schwarzenborn fanden unzählige Veranstaltungen statt, ehe es 2013 verkauft wurde und weitere Umtriebe seit 2017 einem Verbot unterliegen.

Nach einem Rechtsruck bei den Kommunalwahlen 1993 gingen die Gewalttaten bis Ende des Jahrzehnts zurück, und von 2000 an rangierte Hessen unter den Bundesländern mit rechter Gewalt weit hinten (S. 157). Umfrageergebnissen aus dem Jahr 2010 lässt sich entnehmen, dass die Mehrheit der Befragten meinte, „es lebten zu viele Ausländer in Deutschland", und ein Viertel davon Muslimen die Zuwanderung untersagen würde (S. 223). Damals wussten die Behörden von 49 Rechtsextremisten, die im Besitz von Waffenscheinen und 91 Lang- und Kurzwaffen waren.

Von 2014 bis 2021 nahm die Zahl rechtsterroristischer Anschläge in Hessen abermals zu. Gewalt und Drohungen waren auch jene ausgesetzt, die Flüchtlingen und Angegriffenen halfen; vielerorts wurden Fensterscheiben von Flüchtlingsunterkünften eingeworfen. Einige der Gewalttäter standen der Partei AfD nahe, unter ihnen Stephan Ernst (*1973), der 2019 den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) ermordete. Zudem schildern Schmidt und Weyrauch den Angriff auf einen afrikanischen Geflüchteten in Wächtersbach und ausführlich den Anschlag vom 19. Februar 2020 in Hanau.

Bis heute gilt, dass „[a]ufgeheizte Debatten [...] Tätern das Gefühl [vermitteln], Vollstrecker des vermeintlichen ‚Volkswillens' zu sein" (S. 292). Nach dem Massenmord in Hanau brach sich aber ein anderer Umgang damit Bahn, wie Politik, Medien und Angehörige auf die Tat reagierten: Nun wurden die Namen, Lebenswege und Familien der Opfer in den Mittelpunkt gerückt. Im bundesweiten Vergleich in Bezug auf rechten Terror ergibt sich übrigens, dass Hessen unter den Ländern im Durchschnittsfeld liegt.

Schmidt und Weyrauch haben ihre Feststellungen in mehr als 1.000 Endnoten nachgewiesen. Im Anhang findet sich ein umfassendes Literaturverzeichnis und eine Auflistung der „behördlichen Quellen" (S. 363). Die Darstellung wird außerdem durch ein Organisations-, Orts- und Personenregister erschlossen. Weitergehende

Erkenntnisse über die von Sascha Schmidt und Yvonne Weyrauch geschilderten hessischen Verhältnisse ließen sich nun nur dadurch ermitteln, dass einschlägige Archivbestände in die Forschung einbezogen würden.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.